

Ercheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Hessener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ normal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Beilagen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Verlagsbuchhandlung Unterfeld's - Buch- und Steinbruckerstr. 11, Lange, Gießen.

Schreibleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstraße 7, Geschäftsstelle u. Verlag: 22661, Schreileitung: 226112, Adresse für Zeitungsbestellungen: Anzeiger Gießen.

Hessische Zweite Kammer.

Am 17. März, 17. März. Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. v. Gmald, Präsident Dr. Beder, Staatsrat Wilbrand, Ministerpräsident Dr. Srag, Oberminister Volker, Oberbaurat Dummel. Das Tagesprogramm ist schon beendet.

Präsident Kähler eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung betr. die Regierungsvorlage über Geländeauflassung für die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Alzen. Abg. Ulrich erhebt hierüber mündlichen Bericht und empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage. Das betreffende Grundstück soll für den Betrag von 16.000 RM. (pro Quadratmeter 216 5/6 RM.) erworben und die Kosten auf Kap. 125 übernommen werden.

Das Haus legt darauf die

Beratung des Staatsvoranschlags.

fort mit der Einzelberatung. Die nächste Vorbereitung des Finanzanschlusses, welche nähere Bestimmung über die zu bewilligenden Kredite, die Summe für Neubauten um trifft, werden ohne Debatte genehmigt, desgleichen die Einzahlung Kap. 1, welche aus früheren Jahren, wird nach dem Aufsichtsrat genehmigt. Bei Kap. 2, Kameral- und Hochbauamt, beantragt der Ausschuss, unter einander Verbindung, die Einzahlung für Bau- und Hochbauamt mit 200.000 RM. zu erhöhen, ebenso verschiedene andere Einzelmaßnahmen zu erhöhen. So soll die Gesamtentnahme des Kapitels auf 6.819.783 RM., die Ausgabe auf 5.446.052 RM. gestellt.

Staatsrat Wilbrand bemerkt zu diesen Änderungen des Anschlusses, dass die Regierung mit der Erhöhung der Einzahlung für Dols nicht einverstanden erklären könne. Die Dolspreise seien zwar in der Höhe gewonnen, es fehle an dem zum Herstellen des Dols nötigen Personal, auch an Oberleitern und Hilfskräften.

Abg. Raab (Sos.) ist darüber erfreut, dass sich die Fortschritte in der letzten Zeit der armeren Bevölkerung gegenüber entgegenkommen seien und auch vermehrt Befragte für Dols eingekauft hätten. Er sei jedoch mit Rücksicht auf die jetzige Kohlen- und Holzpreise noch mehr Entgegenkommen nötig.

Abg. Galman (Nat.) äußert sich den Wünschen des Abg. Raab bezüglich der Abgabe von Wohnungen an die armeren Bevölkerung an. Er erklärt weiter, dass er mit der Heraushebung mehrerer Einzelmaßnahmen anderer Meinung sei, als der Ausschuss. Mit Rücksicht auf die über den Voranschlag erzielte Verbindungsumme er jedoch die Absichten dieses Standpunktes bei der Abstimmung über die einzelnen Postitionen nicht ändert.

Abg. Brauer (Abd.) würde ebenfalls mögliches Entgegenkommen für die armeren Bevölkerung und erwidert namentlich um die größere Ausgabe von Laubtieren durch die Oberförsterei. Abg. Lang (Nat.) schließt sich dem Wunsch des Redneres an.

Staatsrat Wilbrand erklärt, dass die Regierung die vorgetragenen Wünsche in Erwägung ziehen werde.

Das Kapitel wird darauf nach den Aufschlagsanträgen gegen die Steuern der Sozialversicherungen genehmigt. Kapitel 2, Kameralamt, Einnahme 15.705 Mark, Ausgabe 206.457 Mark, wird genehmigt. Kapitel 4 und 5 fallen aus. Kapitel 6, Kameralamt und Sozialhilfe, Einnahme 75.650 Mark, Ausgabe 17.500 Mark, wird genehmigt, desgleichen Kapitel 7, Kameralamt und Hochbauamt, Einnahme 417.766 Mark, Ausgabe 189.474 Mark.

Bei Kapitel 7 a, Braunkohlenbergwerk und Kraftwerk, Aufschlagvorlage, wird die Regierungsvorlage über den Erwerb der Solms-Braunkohlenschiefer Braunkohlengruben in der Wetterau mit zur Beratung gestellt. Der Ausschuss hat nach den Erklärungen der Regierung seine Bedenken gegen den Erwerb der letzteren fallen lassen und beantragt, der Bewilligung der Einnahmen von 192.225 Mark und der Ausgaben von 433.800 Mark. Weiter beantragt er Zustimmung zur Regierungsvorlage über den Erwerb der Solms-Braunkohlenschiefer Braunkohlenschiefer zum Preis von 300.000 Mark unter den in der Vorlage festgesetzten Bedingungen. Es soll ferner an die Regierung das Grundstück veräußert werden, eine baugrunde Verbindung mit der Provinz Oberhessen unter Berücksichtigung früherer Beschlüsse der Kammer herbeizuführen.

Abg. Freidenbach (Abd.) rüdt an die Regierung das Grundstück zu veräußern, das der armeren Bevölkerung beim Bezug von Kohlen möglich entgegenkommen bewiesen wird.

Das Kapitel wird darauf nach den Aufschlagsanträgen genehmigt.

Kap. 8, Salzwerk, Bodenstalt und Tiefbauamt Bad Nauheim und Bodenstalt Bad Salzhausen, wird in Verbindung mit der Einlage der Stadtverordnetenversammlung von Bad Nauheim beraten. Der Ausschuss beantragt Bewilligung der Einnahmen mit 1.129.806 RM. und der Ausgaben mit derselben Summe. Der Ausschuss hat den Voranschlag um insgesamt 112.000 RM. vermindert.

Abg. Dr. Dinn (Nat.) wendet sich gegen die Einlage der Stadtverordnetenversammlung von Bad Nauheim, die von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen sei und den Aufschuss bei den von ihm vorgeschlagenen Kürzungen einiger Ausgaben unzureichende Ration unterbreite. Wie sich der Ausschuss bei seiner Besichtigung des Bades in der vorigen Woche überzeuge hat, die Winterkur beseitigt bereits einen recht günstigen Anfang genommen, wie sich das Bad auch sonst in jeder Hinsicht ausgezeichnet einrichtete. Bemerkenswert ist, dass sich auch der Besuch im Jahre 1915 gegenüber dem ersten Kriegsjahr wesentlich gehöhert hat. Die Einnahme des Finanzanschlusses, besonders der Mehreinkünfte 20.000 RM. für die Kurmittel, die Kosten für Reisen der Badeverwaltung usw. seien gerechtfertigt.

Abg. Lang (Nat.) begründet seinen von ihm gestellten Antrag bezüglich der Aufzehrung für die Kurmittel und der Winterkur, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Das sei im Interesse der Winterkur notwendig erforderlich, die jetzt unter dem Verlust von etwa 5000 Kurplätzen und englischen Besuchern zu leiden habe. Man müsse auch die Kurmittel mit den anderen Wärdern berücksichtigen. Sein Antrag sei im Interesse der besten Kräfte und der Bevölkerung von Bad Nauheim.

Abg. Heinrich (fr. Vd.) geht auf die Beschlüsse des Ausschusses näher ein, die er für begründet hält.

Abg. Ulrich (Sos.) begründet, ob die in Naheim eingeführte Winterkur von Dauer sein werde. Wenn sie sich bewähre, so würden Regierung und Finanzanschlusses genügt alles Notwendige dafür tun. Der Aufschuss habe auch zur sachlichen Durchführung der Winterkur bereits 19.400 Mark bewilligt.

Ministerpräsident Dr. Beder bemerkt, er könne mit Freude

teilen, dass das ganze Haus ein starkes Wohlwollen für Bad Nauheim zeige. Die Regierung habe ebenfalls viel für Bad Nauheim und seine Bevölkerung getan. Es sei auch durchaus richtig, für so befristete Leisten alles zu tun, was die im Interesse der lebenden Bevölkerung abgeben. Jurist könnten aber größere Ausgaben, als die angefordert, nicht mehr in Betracht kommen. Die Regierung werde sich mit den Wünschen des Ausschusses zufrieden geben. Es sei mit dem Wunsch, auch keine Kritik der Winterkur verknüpft, deren Entwicklung abgewartet werden müsse.

Abg. v. Brentano (Zentr.) ist ebenfalls der Meinung, dass das Wohlwollen für Bad Nauheim allgemein sei. Inbetreff der Winterkur stimme er mit dem Abg. Ulrich überein; sie biete genügt viele Vorteile, werde aber zum Teil durch die Bevölkerung von Bad Nauheim ummöglicht gemacht, indem die Stadtverordnetenversammlung a. B. die Färbung der Wasserleitung nach dem großen Hotel durch eine kleine Gasse nicht gestattet. Das sei doch eine unbegründete Rücksichtnahme.

Abg. Korrell-Ingenieur (fr. Vd.) widerspricht dem Redner und äußert, es handle sich hier um eine ganz lokale Angelegenheit. Die Einzahlung des Bodenstalters in ein neues Bad, das von auswärtigen Kapitalisten errichtet wurde.

Abg. Freidenbach (Abd.) betrifft die Meinung, dass für Bad Nauheim alles getan werden müsse, um dessen Interessen zu fördern; auch die Winterkur müsse mit allen Mitteln unterstützt werden.

Abg. v. Brentano (Zentr.) bemerkt dem Abg. Korrell-Ingenieur gegenüber, es handle sich bezüglich Wasserleitung um Konstruktionspläne, an denen teilzunehmen die Volkvertretung ablehnen müsse.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen des Abg. Korrell-Ingenieur schließt die Aussprache. Das Haus genehmigt die Aufschlagsanträge und lehnt den Antrag K. 8 ab.

Bei Kap. 9, Samenlangenthal zu Gemmersbach i. D. trat

Abg. Hartmann (Sos.) die Anlegung größerer Gemeindeten durch die Oberförsterei an. Die Staatskasse würde sich damit eine neue, wertvolle Einnahmequelle schaffen.

Das Kapitel wird darauf genehmigt.

Zu einer längeren Aussprache führt Kap. 10, Staatsrentenbau.

Abg. v. Brentano (Zentr.) unterzieht den preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaftsvertrag einer Betrachtung, die Eisenbahngemeinschaft hätten bis 1913 eine heftige Forderung abgelehnt, es seien aber auch große Ausgaben für neue Bahnhöfe usw. gemacht worden. Diefen Ausgaben gegenüber sei die Forderung nicht gewachsen, der gegenwärtige Zustand sei anormal.

Die neuen Konventionen in Preußen würden wohl auch keinen günstigen Einfluss auf die Eisenbahneinnahmen ausüben. Es seien somit wenig günstige Aussichten für die Bevölkerung der Eisenbahneinnahmen vorhanden. Der Redner beantragt schließlich die schlechten Bahnverbindungen in Staroburg und Oberhessen.

Nach einer kurzen Pause erwidert der Präsident das Haus, alle besonderen Eisenbahnmündnisse aus der Aussprache auszuscheiden.

Ministerpräsident Dr. Beder erwidert der Anregung des Kammerpräsidenten, dass das Haus, alle Wünsche über Eisenbahneinnahmen, Bahnhöfe, Bahnmateriale usw. durch schriftlich den Wünschen vorzubringen, nach mit größter Wohlwollen prüfen werde, als es bei den im Hause geläufigen Wünschen schon geschehen sei.

Abg. Colmann (Nat.) erörtert die Frage der Entschädigungen des Militärischen für die Benutzung der preussisch-hessischen Eisenbahnen während des Krieges. Es habe gerade das deutsche Volk eine bedeutende Kriegsleistung geleistet, wodurch auch eine starke Abnutzung des Materials eintrat. Die Frage, ob Seiten zu neuen Vorteilen für die Eisenbahngemeinschaft bestünde, sollte doch heute nicht hier angebracht werden. Man habe bei Abschluss des Vertrages jedenfalls alles erreicht, was zu erreichen möglich war. Es sei doch bemerkenswert, dass auch der größere Nachbarstaat Württemberg immer mehr der Reichs-Eisenbahngemeinschaft zutrete. Den Eisenbahnbeamten, besonders den unteren Angestellten, gebührt für ihre Leistungen während der Kriegszeit öffentlich der warmste Dank.

Abg. Ulrich (Sos.) erklärt, er könne dem Redner beistimmen seiner letzten Ausführungen betreffen. Der Eisenbahnvertrag von 1896 sei jedenfalls nicht auflösbar, er müsse aber verbessert werden im Interesse Hessens. Dabei erkläre er aber, dass er noch nie vor Reichseisenbahnen eingetreten werde. Die jetzige Zeitungsaffäre werde jetzt bei dem steigenden Zinsfuß für Eisenbahnarbeiten immer nachteiliger für Hessen. Die Regierung sollte doch versuchen, bei Preisen aus Billigkeitsgründen günstigere Bedingungen zu erlangen.

Abg. Heinrich (fr. Vd.) bemerkt noch, dass auch er den Eisenbahnvertrag in seinen Grundrissen nicht angreifen wolle, die Bestimmungen über die Gewerbesteuererhöhung müssten aber den neuen Verhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wird darauf angenommen. Kap. 12, Direkte Steuern, wird ausgesetzt, Kap. 13, Landstände, Ausgabe 153.370 Mark, bewilligt.

Bei Kap. 14, Staatsministerium, Ausgabe 96.325 Mark, entnimmt sich eine längere Debatte, besonders über auswärtige Angelegenheiten.

Abg. Dr. Dinn (Nat.) erörtert die Frage, ob nicht noch weitere Ergebnisse in der Staatsverwaltung durchgeführt werden könnten. Der Vereinigungsantrag habe ja bereits Ergebnisse von etwa 800.000 RM. erreicht, es könnten aber doch noch mancherlei weitere Ergebnisse eintreten, wobei sich die Regierung besonders über die jetzigen Erfahrungen im Krieg zu Ruhe machen sollte. Hoffentlich sei doch auch die Arbeit bei den Gerichten stark zurückgegangen und es müsste da wenigstens an den Stellen für Sachverwalter usw. mehr getan werden können. Es seien aber weiter für Sachverwalter 95.000 RM. mehr geordert worden. Zur Bekämpfung allgemeiner Fragen übergehend, erklärte der Redner, er halte an der Auffassung fest, dass auch die Landtage der Einzelstaaten sich mit der Frage der auswärtigen Politik beschäftigen könnten. Er betone das gerade eine gegenseitige Aufklärung des Abg. Göttsche in einem Berliner Blatt gegenüber, die entscheidend verurteilt werden müsse, auch ihrer irrischen Form wegen. Er wolle nicht unterlassen, hier zu betonen, dass der jüngst gemeldete Rücktritt eines hochbedienten hohen Reichsbeamten im

Kolle einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht habe. Der Redner begründet darnach seinen in Kap. 116, Verhältnis zum Reich geäußerten und vom Finanzanschlusses angenommenen Antrag: „Die Kammer möge beschließen, an die Groß-Regierung das Ersuchen zu richten, das nach dem Kriege bei dem Groß-Hofe die Gräfinde aus der Tätigkeit als Richter nicht mehr zurückzuführen.“ Es liege doch klar zu Tage, dass wir in Hessen mit den auswärtigen Beziehungen recht unangenehme Erfahrungen gemacht haben. Besonders sei bekannt, dass die fremden Militärattacheés so mancher unliebsame Kunde dem feindlichen Ausland übermitteln haben. In der russischen und englischen Gesandtschaft gehörende Leute hätten in dieser schädlichen Weise gewirkt. Die fremden Gesandten mögen in Berlin am Blase sein, wo auch ein befeizter Sicherheitsdienst vorhanden sei, für die Hauptstädte der Bundesstaaten seien sie überflüssig. (Zustimmung.)

Staatsminister Dr. v. Gmald erwidert in ausführlicher, auf der Tribüne nicht immer klar verständlicher Weise. Er bemerkt zunächst dem Abg. Ulrich gegenüber, dass das Vordemmenen an die Gräfinde, das dieser betonen wolle, durchaus nicht von einer politischen Tendenz diktiert worden sei. Man habe es in der Kammer beantragt und genehmigt, in der Absicht, gewissen und erfahrenen Männern aller Parteien einen größeren Einfluss auf die Gesetzgebung einzuräumen, und die große Mehrheit der Volkvertretung habe ihm zugestimmt. Er lehne es daher ab, dem Abg. Ulrich das Verprechen an Sieberbezeugung zu geben. Dem Abg. Dr. Dinn bemerkt der Redner, die Regierung arbeite noch nie vor an die Erzielung weiterer Ergebnisse im Staatsanbahn. Das an verschiedenen Gerichten jetzt in Folge weniger Beschäftigung freigelegene Personal habe bereits andere wichtige Verwendung gefunden; allein diese habe auch ihre Grenzen und egebe auch durchaus nicht immer Ergebnisse. Der Redner vertritt darnach ein Verzeichnis über die Zahl der im Verordnungsstellen juristischen Beamten und eine statistische Uebersicht über die Zahl der Prozesse im Frieden und in der Kriegszeit. Ein Uebersicht an Beamten nach dem Kriege werde nicht vorhanden sein.

Zu dem Antrag des Abg. Dr. Dinn bemerkt der Minister, der russische Vertreter in Darmstadt sei notwendig gewesen und nach ihm deshalb besonders wertvoll, weil hier viele Russen studierten; sie habe zudem auch mancherlei Vorteile gebracht. Für die Uebersichtung wertvoller Nachrichten an das Ausland zeigten der Gesandtschaften sei bisher kein Beweis erbracht worden. (???) Im übrigen sei für eine Entschädigung in dieser Frage jetzt die Zeit noch nicht gekommen. Man wisse ja auch noch nicht, ob die auswärtigen Staaten später noch die Beibehaltung dieser Gesandtschaften wünschen würden. Man müsse bedenken, dass ein solches Mandat nicht immer auch ein richtiges Mandat sei. In diesen Tagen habe er auch gelegentlich der Fortschaffung der Möbel des englischen Gesandtschafters Lord Acton denken müssen. Viele war nach den von Berlin erhaltenen Mitteilungen nicht zu beanstanden. Die von einer Seite schon vor längerer Zeit gestellte Forderung der Seiten wurde übereilt gemacht sein.

Abg. v. Brentano (Sos.) entgegnet dem Minister, es könne doch nicht bemerkt werden, dass die Kammer bei der Bestimmung über das Hochimmunitätsrecht, politische Leiden hatte. Das habe er Abg. Dr. Beder, der dasselbe in Richtung der Kammer auch selber ausgesprochen. Redner ist der Meinung, dass die Beschaffung der Spionage durch fremdlandische Gesandtschaften übertrieben sei. Auch bei den Kaisermandatoren seien ja regelmäßig fremde Militärvertreter gewesen gewesen. Wenn man die Gesandtschaften in den Bundesstaaten beschleife, so würde man Preußen einen zu großen Einfluss einräumen. Den jetzt aus dem Amt getretene hohen Reichsbeamten schäbe auch er sehr hoch und behauere diesen Rücksicht.

Abg. v. Brentano (Zentr.) erklärt, er könne dem Abg. Dr. Dinn in Betreff des Redes der Einzellandtage, sich mit der auswärtigen Politik zu beschäftigen, nur bestimmen. Die Kritik des Abg. Göttsche darüber war geradezu unglücklich. Die Beziehungen des Staatsministers über die Gesandtschaften mögen vielleicht richtig sein, die Anregung des Abg. Dr. Dinn halte er aber immerhin für wertvoll und beachtenswert. In der Bevölkerung gebe es eine große Meinung, die in der Zeit glaube, dass die russische Gesandtschaft in Darmstadt Spionage getrieben worden sei. — Nach des Redners Meinung sind auf dem Lande eher zu viel Richter, als zu wenig, wie der Minister wohl andeuten sollte. Die Möbel des Lord Acton hätte man doch einfach beschlagnahmen sollen. Der Minister habe die Freizügigkeit der Möbel nach seiner Meinung nicht zu rechtfertigen vermocht.

Abgeordneter Dr. Dinn erklärt, dass die damalige Anfrage bezüglich der Möbel des englischen Gesandten in Darmstadt durchaus angebracht gewesen sei. Zu der damaligen Zeit sei von der englischen Seite die Nachricht verbreitet worden, die Mobiliargebäude des deutschen Konsuls in Saloniki seien zurückgehalten, ja vertrieben worden. Es sei durchaus unmöglich gewesen, gerade zu der damaligen Zeit die Möbel des hessischen Gesandten heraus zu geben, sondern es hätte gewartet werden können, bis sich bestätigt habe, ob die Nachricht bezüglich des deutschen Konsuls wahr oder nicht wahr gewesen sei. Damals sei aber auch das deutsche Volk in einer ganz besonderen Erregung gegen England gewesen. Der Konsul des Schiffs Baralong und seine Mannschaft hätten ebenfalls Deutsche ermordet. Die Mannschaft eines Zeppelins sei von einem englischen Flottenkommando gerade zu der damaligen Zeit dem Tode des Ertrinkens unarmbergig überliefert worden. Wenn solche Ereignisse sich damals abspielten, so sei durchaus Veranlassung gewesen, der englischen Regierung und ihren Angehörigen nicht entgegen zu kommen. Man habe es bei dem Volke nicht verstanden, wie trotz aller Vorgänge die Auslieferung der Möbel habe erfolgen können, und man habe bei Groß-Regierung diese Empfindungen des Volkes, die durchaus verständlich und begründet gewesen seien, nicht beachtet. Die damalige Anfrage möge aber auch schnell erfolgen, weil sie sonst ihrem Zweck, dass die Möbel zurückgehalten werden sollten, nicht erfüllt hätte. Deshalb sei es völlig gerechtfertigt gewesen, diese Anfrage einzubringen.

Damit ist die Aussprache über Kapitel 14 beendet; es wird nach dem Aufschlagsanträge angenommen.

Ohne Aussprache genehmigt das Haus dann Kapitel 15, Kammer und Bundesverhältnisse, Kapitel 16, Kammer-Direktion, Kapitel 17, Oberverwaltungsamt, Kapitel 18, Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 19, Haus- und Staatsarchiv, Kapitel 20, Rheinisch-Westfälische, Kapitel 21, Eisenbahnen und Kapitel 22, Landgraben- und Festungsbauarbeiten.

Damit ist die Hauptbestimmung Staatsministeriums erledigt, und das Haus verlegt sich um 1 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 10 Uhr.

GARBÁTY
CIGARETTEN
Qualitätsmarke

Geburtstagspende für das Rote Kreuz

Jeder Gießener spende an seinem Geburtstag eine Gabe für das Rote Kreuz.

Zu dauernder Erinnerung an den Geburtstag in Deutschlands größter Zeit möge er, wenn der Sieg errungen, das ihm zum Dank gegebene Erinnerungsblatt, von Maler Böhle entworfen und ausgeführt, in seinem Heim als Urkunde aufbewahren, daß auch Gießens treues Bürgertum einig und geschlossen mitgeholfen hat:

Durchzuhalten bis zum Sieg!

Darum: Kommt und gebt, jeder nach seinem Können und Vermögen, als Dankopfer am Wiegenfest und zum Zeichen treuen Einstehens für unsere Söhne und Helden draußen.

Die Geburtstagspende (Abt. des Roten Kreuzes, Alte Klinik).

Geburtstagspenden werden täglich an unserer Kasse in der Alten Klinik entgegengenommen, wofelbst auch, nachdem der Spender seinen Namen eigenhändig in das Goldene Buch eingezeichnet hat, die Aushändigung des künstlerischen Dankerinnerungsblattes mit der zugehörigen Urkunde erfolgt.

2170

Kinderwagen



Klapp- und Sportwagen

alle Neuheiten
in großer Auswahl eingetroffen

Aug. Kilbinger, Giessen.

Kordel-

Bündel- und Packstreif.
Erstklassige Qualität: 10730
Albert Oskar Müller, Heilbronn a. N.

Ernst Challier

Rudolph's Nachf.

Gießen · Neuenweg 9 · Tel. 671

Musikalien- u.

Musikinstrumenten-Haus

Grammophone

Offizielle Verkaufsstelle der Deutschen Grammophon-
Aktien-Gesellschaft Berlin

Heinr. Hahn, Giessen

Samenhandlung für Gartenbau u. Landwirtschaft
Neustadt 8 · Telephone 408

Empfehle zur bevorstehenden AUSSAAT in bekannter Qualität:
Erstklassige Gemüsesamen, Blumensamen, Runkelrüben,
spez. Eckendorfer Riesen-Walzen, Futtermöhren, gelbe
und weiße, seidefreie Kleesaaten, wie schlesischen und
Pfälzer Rotklee, Luzerne, provencer, Schwedenklee,
Weissklee und Gelbklee, Grassamen-Mischungen zur
Anlage von Wiesen und Zierrasen.

Illustr. Preisliste auf Wunsch franko zu Diensten

J. Schmücker Nachf.

Marktstrasse 8

Meine Spezialabteilung für

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

bietet eine hervorragende
Auswahl in allen Artikeln

Ich führe nur

erprobte Qualitäten

in soliden Ausführungen
und guten Paßformen.

Konfirmanden-Anzüge

ein- und zweireihig · in blau, schwarz und farbig
in grosser Auswahl
grösstenteils aus eigenen Stoffen gefertigt

J. Schmücker Nachf.

Marktstrasse 8

Photograph. Apparate

!! der ersten deutschen Firmen !!

wie Klapp-Kameras · Feld-Kameras · Projektions-Apparate · Kopiermaschinen

Sämtliche
Bedarfs-
Artikel
für die
Photographie



**Photogr.-
Alben**
zum Einkleben und
Einstecken der Bilder
für alle Formate
**Postkarten-
Alben**

Platten und Films verschied. Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

**Medizinal-Drogerie zum Kreuzplatz
SPEZIAL-PHOTO-HAUS**

Fernsprecher 706 Kreuzplatz 9 Fernsprecher 706

Alle Arbeiten werden prompt und gut ausgeführt!



Pallabona unerreichtes
trockenes
Haarreinigungsmittel, emulsiert die
Haare rationell auf trockenem Wege,
macht sie locker und leicht zu frisieren,
verhindert Auslösen der Haare, ver-
leiht ihnen Duft, reinigt die Kopfhaut,
Geeign. geschütt. Verträgl. empfohlen.
Dosen M. - 80, 150 und 250 bei Damenreizungen, in
Parfümerien. Nachabmungen weise man zurück. 130358

Die deutsche Mode
erhält ihren berufenen Weg-
weiser im neuen **Favorit-
Moden-Album**, nur 60 Pf.
Die entzückenden Vorlagen
lassen sich mit Hilfe der vor-
züglichen Favorit-Schnittle
leicht, tadellos sitzend und
preisw. nachschneiden. Zu
beziehen von **Salomon & Cie.**

Zur Konfirmation!

GROSSE AUSWAHL

**Knaben-
u. Mädchen-Stiefel**

Boxcalf u. Chevreau mit u. ohne Lackkappen

Halbschuhe

in den modernsten Formen.



Schuhhaus Süß Marktstr. 9

Alleinverkauf der berühmten „Herz“-Schuhwaren